

Liebe Leserinnen und Leser,

leider auch diesen Monat kein Durchbruch: Auf internationaler Ebene wird die Finanztransaktionssteuer weiterhin debattiert, im November hat sich jedoch in Bezug auf unsere Forderung aber nur wenig bewegt. Der G20-Gipfel brachte nichts Neues, in Europa lässt eine Gesetzesinitiative weiter auf sich warten. Solange der Europäische Rat keine Entscheidung über eine EU-weite Finanztransaktionssteuer getroffen hat, scheint auch der Weg über eine Verstärkte Zusammenarbeit versperrt, also die Einführung der Finanztransaktionssteuer in einer Gruppe von mindestens 9 Staaten der EU: Diese Variante wird nämlich gemäss Europäischer Verträge als "letztes Mittel" bezeichnet - dazu muß also die Initiative auf EU-Ebene offiziell gescheitert sein.

Für die Zivilgesellschaft bleibt der Weg über ein europäisches Bürgerbegehren weiterhin versperrt, da die Parteien sich in der Frage nach Fristen und anderer Hürden nicht einigen können. Selbst wenn es in diesem Jahr noch eine Einigung geben würde, könnte ein Bürgerbegehren zugunsten einer europäischen Finanztransaktionssteuer frühestens 2012 starten. Wenig Fortschritt wird wohl auch der nächste Ecofin am 7. Dezember bringen - punkto Besteuerung des Finanzsektors wird es wohl vor allem um Bankenabgaben gehen.

Am Mittwoch, 15. Dezember von 9-11 Uhr debattieren wir unsere Forderungen im Rahmen einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe. Wir hoffen auf ein volles Auditorium!

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Neue Studien und Stellungnahmen
- G20-Gipfel in Seoul
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

28. November: Die Bundesregierung beteiligt sich an den Hilfen für [Irland](#). Das Land war aufgrund seiner maroden Banken in Refinanzierungsschwierigkeiten geraten und legt nun ein gigantisches Kürzungspaket auf. Die Kosten der Krise werden damit wieder einmal auf die Bevölkerung abgewälzt.

28. November: [Kirchliche Kampagnenträger](#) und Oscar Kardinal Rodriguez, der Präsident der Welt-Caritas, fordern Bundesregierung und Bundestag zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer auf.

26. November: Berlin, Brandenburg, Bremen und Rheinland-Pfalz fordern während der Haushaltsverhandlungen im [Bundesrat](#) die Bundesregierung auf, sich in internationalen Gremien, der EU, der Eurogruppe und mit einzelnen Staaten für die zeitnahe Einführung einer Finanztransaktionssteuer einzusetzen.

19. November: Die Jahreshauptversammlung des [ZdK](#) (Zentralkomitees der deutschen Katholiken) fordert die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer und ein weltweites Vorgehen gegen renditegetriebene Spekulation mit Nahrungsmitteln.

12. November: Das NGO-Netzwerk [VENRO](#) spricht sich im Vorfeld des G20-Gipfels in Seoul für die Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung von Spekulation und Bekämpfung weltweiter Armut aus.

11. November: Die [Synode](#) der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) fordert, dass die Bundesregierung "eine Finanztransaktionssteuer einführt und die hierbei erzielten Erträge für Projekte einsetzt, die in den Entwicklungsländern die Folgen der Finanz-, Wirtschafts- und Klimakrise mindern".

9. November: Der von der Bundesregierung berufene [Rat für nachhaltige Entwicklung](#) spricht sich für "international koordinierte staatliche Maßnahmen zur Erschwerung kurzfristiger Spekulation" aus, darunter auch die Finanztransaktionssteuer.

Entwicklungen im Ausland:

26. November: Auch in [China](#) ist eine Devisentransaktionssteuer im Gespräch. Die Chancen auf eine Einführung scheinen aber gering - denn das Land hat bereits starke Kapitalverkehrskontrollen.

23. November: [Pax Christi Österreich](#) bekräftigt in einem Grundsatzpapier die Forderung nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

19. November: Der [griechische](#) Finanzminister George Papaconstantinou hält eine Besteuerung des Finanzsektors für eine bessere Lösung als den erzwungenen Forderungsverzicht von Anleihegläubigern.

19. November: Die designierte brasilianische Präsidentin [Dilma Rousseff](#) wird voraussichtlich den finanzpolitischen Kurs ihres Vorgängers Lula weiterführen und den bisherigen Finanzminister Guido Mantega weiter im Amt behalten. Brasilien nutzt Steuern auf bestimmte Finanztransaktionen als Zweck der Kapitalverkehrskontrolle.

16. November: Die Verhandlungen für den [EU-Haushalt](#) 2011 sind gescheitert. Ein wichtiger Grund dafür war die Forderung der Europa-Parlamentarier für mehr Kompetenzen, unter anderem auch die Forderung nach EU-Steuern. Als eine solche wurde auch die Finanztransaktionssteuer schon mehrfach ins Gespräch gebracht - und könnte daher auch wieder in den Neuverhandlungen des Haushalts am Rande thematisiert werden.

12. November: In Seoul beginnt der [G20-Gipfel](#). Der Gipfel wird dominiert im Streit um globale Ungleichgewichte und Währungspolitik. Es gibt keine Fortschritte bei der Besteuerung des Finanzsektors.

11. November: [Marko Kranjec](#), Zentralbankdirektor aus Slowenien, spricht sich wegen ihrer Lenkungswirkung für eine Finanztransaktionssteuer aus.

10. November: [183 Organisationen aus 42](#) Ländern fordern die Staats- und Regierungschefs der G20 in einem offenen Brief auf, eine internationale Finanztransaktionssteuer einzuführen.

10. November: Die [österreichischen Christgewerkschaften](#) wollen bei der Finanztransaktionssteuer nicht auf die EU warten: Die Steuer könne Österreich auch gemeinsam mit zwei oder drei großen europäischen Ländern einführen.

10. November: Die [Wirtschaftskammer Österreich](#) und der Österreichische Gewerkschaftsbund fordern eine weltweite oder europäische Finanztransaktionssteuer. Wieso äußert sich die deutsche Industrie- und

Handelskammer nicht auch einmal in diesem Sinne?

9. November: Eine hochrangige [UN-Arbeitsgruppe](#) zur Klimaschutzfinanzierung rät zur Einführung von Finanztransaktionssteuern zum Zweck der Finanzierung weltweiter Klimaschutzmaßnahmen.

9. November: Die globale Bildungskampagne [GCE](#) (Global Campaign for Education) fordert eine Finanztransaktionssteuer, um drohende Schulschließungen in armen Ländern zu abzuwenden und weitere Bildungsmaßnahmen zu finanzieren

1. November: Auch in [Aserbaidschan](#) wird die Einführung einer Finanztransaktionssteuer debattiert.

Neue Studien und Stellungnahmen

Short-term Asset Trading, long-term Price-Swings, and the Stabilizing Potential of a Transactions Tax

Stephan Schulmeister vom WIFO in Wien hat eine neue Studie zur Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Zunächst analysiert er darin die Preisbildung an Finanzmärkten und folgert, dass technische Handelssysteme zu einem irregulären systematischen Überschießen der laut Gleichgewichtstheorie propagierten Preise führen und so zur Bildung von Bullen- und Bärenmärkten beitragen. Für die Kampagne ist vor allem das letzte Kapitel interessant: Dort erläutert Schulmeister, wie eine Finanztransaktionssteuer auch von einzelnen Ländern, die eine Vorreiterrolle einnehmen möchten, eingeführt werden könne. Der optimale Ansatz wäre zwar, die Finanztransaktionssteuer zentral am Ort der Zahlungsabwicklung anzusetzen (Territorialprinzip). Der aber kurzfristig einfacher zu realisierende Ansatz, der keine gemeinsame internationale Einführung voraussetzt, ist aber die Ausgestaltung nach dem Personenprinzip: Jede der nationalen Gesetzgebung unterworfenen Person, die an einem beliebigen Handelsplatz eine Transaktion tätigt, würde besteuert. Die Studie wurde bei einem Seminar des IWF präsentiert und ist [hier](#) erhältlich.

Is a Financial Transaction Tax a Good Idea? A Review of the Evidence

Eine vollmundig als "erste umfassende Studie" angepriesene Stellungnahme des [Instituts for Development Studies](#) (Sussex/UK) rät der britischen Regierung zur Einführung der Finanztransaktionssteuer in mehreren Schritten. Die Lenkungswirkung der Steuer wird eher skeptisch beurteilt, wobei die vorhandene Literatur offensichtlich nicht vollständig gesichtet wurde. Jedoch könne sich die britische Entwicklungshilfe durch die Besteuerung verdoppeln lassen. Eine Devisentransaktionssteuer könne sogar von einzelnen Staaten eingeführt werden.

Kleine Anfrage mit wenig Antworten: "Finanztransaktionssteuer und Bankenabgabe - Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzkrise"

Das Büro von Carsten Sieling (SPD) hat eine kleine Anfrage an die Bundesregierung mit insgesamt 84 Fragen entworfen. Leider antwortet die Bundesregierung sehr ausweichend und in vielen Fällen nichtssagend. Zumindest hält die Bundesregierung die Finanzaktivitätsteuer "anderen Instrumenten gegenüber für weniger geeignet, um dem Systemrisiko einzelner Banken zu begrenzen" - ein Pluspunkt für die Finanztransaktionssteuer. Allerdings nimmt die Bundesregierung auch die Hinweise der schwedischen und britischen Regierung auf Ausweichreaktionen auf unbesteuerte Finanzplätze "sehr ernst". Bezüglich der für 2012 für den Bundeshaushalt unverbindlich veranschlagten 2 Mrd. € aus der Besteuerung der Finanzbranche möchte sich die Bundesregierung nicht auf eine konkrete Steuer festlegen.

Zur kompletten Antwort auf die Anfrage [hier](#).

G20-Gipfel in Seoul

Am 11./12. November trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Seoul. Peter Wahl (WEED) war dort vertreten und kommentierte die Ergebnisse des Gipfels in Bezug auf unsere Forderungen wie folgt:

„Totale Funkstille herrschte bei der Frage, wie die Finanzindustrie an den Krisenlasten beteiligt werden könnte,“ sagte Wahl. Weder die Finanztransaktionssteuer sei zur Sprache gekommen, noch der Vorschlag des IWF einer Finanzaktivitätssteuer (FAT), mit der Profite und Managergehälter besteuert werden sollen.

Als „PR-Manöver“ bezeichnete Wahl den sog. Seoul Konsens zur Entwicklungspolitik. „Unter Anspielung an den Washington Konsens werden hier alte Rezepte der Privatsektorförderung als Innovation verkauft, während z.B. von der Verpflichtung von Gleneagles, die Entwicklungshilfe für Afrika bis 2010 auf 50 Mrd. Dollar zu verdoppeln, nichts mehr zu hören ist.“

[Zur vollständigen Pressemitteilung](#) (doc-Datei).

Kampagnenaktivitäten

10. November: **Brief an G20: "Hört auf die Menschen, nicht auf die Banken!"**

183 zivilgesellschaftliche Organisationen aus 42 Ländern haben die Staats- und Regierungschefs der G20 in einem offenen Brief aufgefordert, eine internationale Finanztransaktionsteuer einzuführen. "Wir fordern die Staats- und Regierungschefs, die sich ab Donnerstag in Seoul zum G20-Treffen versammeln, auf, statt auf die Lobby der Banken auf die Forderung der Menschen in ihren Ländern zu hören, Finanztransaktionen endlich zu besteuern", sagte Detlev von Larcher, Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland sowie im Steering Committee der Kampagne "Steuer gegen Armut". Zum gesamten Text des Briefes [hier](#).

15. Dezember 2010: **Öffentliche Anhörung zu "Financing for Development"**

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) des Bundestags führt am Mittwoch, 15. Dezember von 9-11 Uhr eine Anhörung zum Thema Entwicklungsfinanzierung durch. Die Kampagne wurde als sachverständige Institution geladen. Die erste Runde soll den aktuellen Stand der Umsetzung der Vereinbarungen von Monterrey und speziell den deutschen Anteil beleuchten. Die zweite Runde soll sich mit der Umsetzung der Monterreybeschlüsse insbesondere mit Vorschlägen innovativer Finanzierungsinstrumente befassen.

Die Anhörung ist öffentlich und findet statt im Deutschen Bundestags in Berlin, Jakob-Kaiser Haus, Raum 1.228.

Anmeldung unter awz@bundestag.de .

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, folgen Sie dem untenstehenden Link oder schicken eine Mail an finanztransaktionsteuer@attac.de.